



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 6. Juli 2006

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen heißen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilnahm.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung haben wir auf der heutigen Sitzung beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die seit unserer letzten Sitzung verfügbar gewordenen Informationen bestätigen, dass eine weitere Rücknahme der akkommodierenden Ausrichtung der Geldpolitik geboten war, um die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität zu begrenzen. In der Tat ist ein frühzeitiges Handeln zur Begrenzung dieser Risiken nach wie vor von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik auch weiterhin einen Beitrag zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann. Angesichts der im historischen Vergleich nach wie vor niedrigen nominalen wie auch realen Leitzinsen, des dynamischen Geldmengen- und Kreditwachstums und der nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlichen Liquiditätsausstattung bleibt unsere Geldpolitik akkommodierend. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario bestätigen, ist somit nach wie vor eine schrittweise Rücknahme der akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung geboten. Vor diesem Hintergrund werden wir große Wachsamkeit walten lassen, um zu gewährleisten, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht nicht eintreten.

Was zunächst die **wirtschaftliche Analyse** anbelangt, deuten die jüngst veröffentlichten Daten und Umfrageergebnisse nach wie vor in eine positive Richtung und haben sich allgemein weiter verbessert.

Insgesamt bestätigt dies unsere Einschätzung, dass das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2006 wieder an Fahrt gewonnen hat und zudem breiter und dauerhafter angelegt ist. Auf längere Sicht sind die Voraussetzungen dafür, dass das Wirtschaftswachstum im Euroraum auch in Zukunft in etwa dem Potenzialwachstum entspricht, trotz möglicherweise volatiler Quartalszahlen nach wie vor gegeben. Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin dynamisch und stützt dadurch das Exportgeschäft des Euro-Währungsgebiets. Die Investitionsausgaben dürften zunehmen und dabei von einer längeren Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, von Bilanzrestrukturierungen sowie von den bereits erzielten und anhaltenden Ertrags- und Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene profitieren. Vor dem Hintergrund sich weiter verbessernder Beschäftigungsbedingungen sollte sich auch das Wachstum der privaten Konsumausgaben im Euroraum im Einklang mit der Entwicklung des real verfügbaren Einkommens nach und nach beleben. Diese insgesamt günstigen Konjunkturaussichten kommen auch in den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni und in den Prognosen internationaler und privatwirtschaftlicher Organisationen zum Ausdruck.

Die Risiken für die Konjunkturaussichten scheinen sich auf kürzere Sicht die Waage zu halten, während längerfristig die Abwärtsrisiken überwiegen. Letztere ergeben sich vor allem aus einem potenziellen weiteren Ölpreisanstieg, einer ungeordneten Korrektur der weltweiten Ungleichgewichte und einem möglichen Drang zu verstärktem Protektionismus.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die am HVPI gemessene jährliche Teuerung der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni 2006 bei 2,5 % und war damit gegenüber Mai unverändert, nachdem sie im April 2,4 % betragen hatte. Für die zweite Jahreshälfte 2006 und durchschnittlich für das Gesamtjahr 2007 ist zu erwarten, dass die Inflationsraten weiterhin über 2 % liegen werden, wobei ihre genaue Höhe von der künftigen Energiepreisentwicklung abhängen wird. Diese Einschätzung wird durch die Projektionen von Experten des Eurosystems und die verfügbaren Prognosen öffentlicher und privater Umfrageinstitute untermauert. Während sich der gemäßigte Anstieg der Arbeitskosten im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2007 fortsetzen dürfte – worin auch der anhaltende globale Wettbewerbsdruck insbesondere im verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck kommt –, ist damit zu rechnen, dass die indirekten Auswirkungen früherer Ölpreissteigerungen und die bereits angekündigte Änderung der indirekten Steuern im Laufe des nächsten Jahres einen deutlichen Aufwärtsdruck auf die Teuerungsrate ausüben werden. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpartner auch in einem wirtschafts- und beschäftigungsfreundlicheren Umfeld weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden.

Die Risiken für die Aussichten der Preisentwicklung bleiben nach oben gerichtet und umfassen weitere Ölpreissteigerungen, ein stärkeres Durchschlagen vergangener Ölpreiserhöhungen auf die Verbraucherpreise als derzeit erwartet, zusätzliche Anhebungen der administrierten Preise und indirekten Steuern und – was noch entscheidender ist – Lohn- und Preisentwicklungen, die aufgrund

von Zweitrundeneffekten im Zusammenhang mit vergangenen Ölpreiserhöhungen dynamischer als erwartet ausfallen könnten.

Im Hinblick auf die mittel- bis längerfristigen Inflationsaussichten wird unsere Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität überwiegen, durch die **monetäre Analyse** bestätigt. Das Geldmengen- und Kreditwachstum hat sich in den letzten Quartalen weiter verstärkt. Die jährliche Zuwachsrate von M3 stieg auf zuletzt 8,9 % im Mai und verzeichnete damit das höchste Jahreswachstum seit Beginn der dritten Stufe der WWU. Der stimulierende Effekt des niedrigen Zinsniveaus im Euroraum ist nach wie vor eine wichtige Triebfeder für die hohe Trendrate der monetären Expansion. Die vorjahrsbezogenen Wachstumsraten von Krediten an den privaten Sektor insgesamt lagen in den letzten Monaten weiterhin im zweistelligen Bereich, wobei sowohl die Kreditaufnahme durch private Haushalte als auch durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rasch zunahm. Die anhaltend kräftige Kreditvergabe an private Haushalte ist auch weiterhin vor allem auf die Wohnungsbaukredite zurückzuführen, deren Jahreswachstumsrate in den letzten Monaten bei über 12 % lag. Das starke Geldmengen- und Kreditwachstum deutet vor dem Hintergrund einer bereits reichlichen Liquiditätsausstattung auf gestiegene Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Die monetäre Entwicklung muss daher – insbesondere angesichts der kräftigen Dynamik an den Immobilienmärkten – verstärkt beobachtet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die jährlichen Inflationsraten den Projektionen zufolge 2006 und 2007 weiterhin auf einem erhöhten Niveau liegen dürften, wobei diese Aussichten nach wie vor mit Aufwärtsrisiken behaftet sind. In Anbetracht des dynamischen Geldmengenwachstums bei einer bereits reichlichen Liquiditätsversorgung bestätigt eine **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse die Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht überwiegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Der EZB-Rat wird dementsprechend große Wachsamkeit walten lassen, um zu gewährleisten, dass die Risiken für die Preisstabilität nicht zum Tragen kommen. Auf diese Weise leistet er auch weiterhin seinen Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Angesichts der günstigen Wachstumsaussichten sind die im Bereich der **Finanzpolitik** insgesamt erzielten Konsolidierungsfortschritte enttäuschend. Das Erreichen der Konsolidierungsziele ist insbesondere in manchen Ländern mit übermäßigem Defizit weiterhin gefährdet. Der EZB-Rat bekräftigt deshalb seine Auffassung, dass es von großer Bedeutung ist, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Er möchte auch betonen, dass es mit der Europäischen Kommission einen breiten Konsens über die von der Kommission allgemein aufgezeigten wichtigsten finanzpolitischen Herausforderungen gibt. Es geht dabei vor allem um die Notwendigkeit einer rigorosen Umsetzung des geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts mit dem Ziel, die Haushaltskonsolidierung zu

beschleunigen und die Aussichten auf finanzpolitische Nachhaltigkeit zu verbessern. Dies muss durch mittelfristige Strategien bei der Strukturreform und geeignete finanzpolitische Institutionen und Verfahren auf nationaler Ebene untermauert werden. Schließlich sind die verlässliche Erhebung und zeitgerechte Meldung der Daten zu den Staatsfinanzen auch weiterhin von großer Bedeutung für den finanzpolitischen Rahmen in Europa. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen und in die konjunkturelle Entwicklung in Europa stärken.

Was die **Strukturreformen** angeht, so gehört es zu den schwierigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit, das Wachstumspotenzial des Euro-Währungsgebiets zu verbessern, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und die Fähigkeit des Eurogebiets zu stärken, sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Um die Chancen der Globalisierung – im Sinne eines höheren Lebensstandards – nutzen zu können, würde das Euro-Währungsgebiet erheblich von flexibleren Arbeits- und Gütermärkten profitieren. Es würde auch von einem günstigeren Geschäftsumfeld und einem voll entwickelten Binnenmarkt (einschließlich des Dienstleistungssektors) profitieren, da diese Faktoren Innovation, Investitionen und die Gründung neuer Unternehmen fördern. Eine entschlossene Umsetzung der notwendigen Reformen würde sowohl dazu beitragen, dass die Vorteile, die die Globalisierung und der gemeinsame Markt unseren Bürgerinnen und Bürgern bieten, genutzt werden können, als auch die Produktionskapazität unserer Wirtschaft erhöhen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.int
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.